

Zukunftsthemen der Bürgerbeteiligung & Demokratie Thesen der Netzwerker/innen für das Netzwerktreffen 2018

1. Demokratiereformen

1.1 Es braucht eine mutige Demokratiereform und eine »Vierte Gewalt«.

Unsere Demokratie braucht eine mutige demokratische Reform, die über bisher praktizierte Formen der Bürgerbeteiligung hinaus geht. Denn im Spannungsfeld von Polarisierung, Lobbyismus und Populismus erodiert die Legitimität des repräsentativen Systems durch Berufspolitiker/innen zunehmend. Es ruft nach einer Vierten Gewalt, in der repräsentativ / per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger frei von Fraktionszwängen und Lobby-Einflüssen Entscheidungsvorlagen für die großen Zukunftsfragen erarbeiten.
Rolf Schneiderei, Schneiderei und Co., Köln

1.2 Es braucht ein Gesetzgebungsteilhabe-Gesetz das eine verbindliche Teilnahme aller betroffenen Gruppen einklagbar fest schreibt. Zudem müssen Bürger/innen darüber entscheiden können, was in den Parlamenten debattiert werden soll.

Politische Teilhabe braucht keine »Wattebällchen-Beteiligung«. Es braucht ein Gesetzgebungsteilhabe-Gesetz, in der eine verbindliche Teilnahme aller betroffenen Gruppen einklagbar festgeschrieben ist. Ferner ist das Gesetzesinitiativrecht für alle gesellschaftlichen Gruppen durch ein allgemeines, geordnetes Verfahren zu öffnen. Das Gesetzesinitiativrecht der Legislative ist schrittweise dem Allgemeinen Verfahren für Gesetzesinitiativen anzugleichen. Bürger/innen müssen darüber entscheiden können, was in den Parlamenten debattiert werden soll.
Jörg Mitzlaff, openPetition gGmbH, Berlin

1.3 Können wir schneller lernen, wie die Probleme auftauchen und anwachsen? Wir sollten es! Darum brauchen wir eine Lernende Demokratie: Eine Demokratie, die laufend ihre eigenen Prozesse überdenkt und weiterentwickelt. Eine Politik der kontinuierlichen Demokratieentwicklung ist dazu erforderlich.

Hierzu braucht es nicht nur professionelle Demokratieentwickler, sondern auch fest-institutionalisierte und offiziell beauftragte Stellen für Demokratieentwicklung von der Kommunalen bis zur Europaebene. Grund sind nicht nur die zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen (Populismus, demographischer Wandel, Migration-Integration, Digitalisierung, Exekutivdemokratie...), sondern auch die immer größere Fülle an Beteiligungsinnovationen und Verfahrensansätze (u.a. digitale, subversive, systemische, ganzheitliche ...). Dies erfordert nicht nur professionell ausgebildete Demokratieentwicklungsprofis, sondern insgesamt den Auf- und Ausbau einer rechtlich, finanziell und personell abgesicherten Beteiligungsinfrastruktur. Kommunale Koordinierungsstellen/-büros für Beteiligung sind da erst ein (guter) Anfang. Doch wie geht es weiter? Wie bekommen wir diese (meist nur kommunalen) Anfänge »sturmfest« verwurzelt? Wichtig ist das Etablieren des Leitbildes einer Lernenden Demokratie und das Ausbilden und Einstellen von Demokratieentwickler/innen.¹
*Raban Daniel Fuhrmann, Procedere & Akademie Lernende Demokratie, Konstanz-
Dettingen*

¹ Diese These ist bei Procedere, Democracy International und beim Netzwerk Transformierende Lehre mit diversen Hochschulvertretern aus BW, u.a. mit Experten aus der Verwaltungshochschule Ludwigsburg und der Universität Tübingen immer wieder diskutiert worden. Sie wurde im Arbeitskreis Kompetenzen der Allianz für vielfältige Demokratie der Bertelsmann-Stiftung entwickelt.

2. Kommunale Bürgerbeteiligung und Leitlinien für Bürgerbeteiligung

2.1 Städte und Gemeinden können Labore für die Entwicklung und Erprobung neuer Wege zu mehr Demokratie sein. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung sollte die vielen guten Beispiele analysieren und dokumentieren.

Die repräsentative Demokratie funktioniert unzulänglich. Das Vertrauen der Bürger/innen in Parteien, gewählte und nicht gewählte Repräsentant/innen und in das demokratische System insgesamt schwindet.

Die Lösung ist nicht weniger sondern mehr Demokratie. Das demokratische System bedarf einer Stärkung und Neuausrichtung zu mehr direkter und partizipativer Demokratie. Städte und Kommunen können aufgrund ihrer Kultur der Selbstverwaltung und der Nähe und Verbundenheit der Menschen mit ihrem Gemeinwesen, Labore für die Entwicklung und Erprobung neuer Wege zu mehr Demokratie werden.

Hier gibt es bereits viele gute Beispiele und Entwicklungen, die es zu analysieren, fortzuentwickeln und auszubauen gilt. Ziel sind vitale und am Gemeinwohl ihrer Bürger/innen orientierte demokratische Gesellschaften. Sie schöpfen aus der Kraft und dem Engagement möglichst vieler bürgerschaftlich und demokratisch aktiver Bürger/innen. Die Bürger/innen ihrerseits entwickeln eine Kultur der Eigenverantwortung und Teilhabe, sie tragen ihre Gemeinwesen unmittelbarer und am Wohl aller orientiert.

Panagiotis Paschalis, Wuppertal

2.2 Sind Leitlinien Bürgerbeteiligung der Motor für eine neue kommunale Beteiligungskultur oder eine bloße Modeerscheinung? Wie kann das Netzwerk der Gefahr des »Versandens« begegnen?

Immer mehr Kommunen machen sich auf, Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu etablieren und erstellen Vorhabenlisten etc., aber es gibt auch kritische Stimmen, die dies als »Modeerscheinung« abtun. In frühestens fünf Jahren wird sich zeigen, ob sich tatsächlich eine nachhaltige Änderung der Beteiligungskultur etabliert hat. Dann wird klar sein, ob Bürgerbeteiligung inzwischen selbstverständlich ist und ob die Leitlinien einer Verbesserung der demokratischen Teilhabe beigetragen haben oder ob nur weitere bürokratische Regularien entwickelt wurden, die außer viel Aufwand und Imagegewinn in der praktischen Umsetzung der Ziele quasi »versanden«. Es stellt sich die Frage, wie das Netzwerk der Gefahr des »Versandens« begegnen kann – vor allem vor dem Hintergrund der ständig wechselnden aktuellen Themen und Probleme, die die Verwaltungen in Atem halten.

Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung, Landeshauptstadt Kiel

2.3 Die Erfahrungen anderer Kommunen sollten bei der Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung nutzbar gemacht werden.

Kommunale Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung sind ein wichtiger Pfeiler der lokalpolitischen Beteiligungskultur. Sowohl im Prozess der Erarbeitungsphase als auch in den jeweils formulierten Leitlinien gibt es zum Teil große Überschneidungen zwischen den verschiedenen Kommunen. Die bisherigen Erfahrungen der »Leitlinien-Kommunen« sollten für Kommunen nutzbar gemacht werden, damit sie eine Grundlage zur Entwicklung eigener Leitlinien haben. Gleichzeitig darf man die lokalen Besonderheiten nicht aus dem Auge verlieren.

Thementeam »Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung – Muss das Rad immer neu erfunden werden? Suche nach dem gemeinsamen Nenner bei der Erarbeitung von Leitlinien«, Theresa Steffens und Thomas Ehrler, wer denkt was GmbH, Darmstadt

3. Politik, Bürgerschaft & Verwaltung

3.1 Die Rolle der Kommunalpolitik bei der Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Zukunftsthema. Das Netzwerk könnte hier Impulse setzen und Handreichungen erarbeiten.

Nachdem es mittlerweile einen gut gefüllten Methodenkoffer und erprobte Ansätze zur Bürgerbeteiligung gibt, soll das Netzwerk Bürgerbeteiligung die Politik vor Ort mehr in den Blick nehmen. Das manchmal mangelnde Standing der kommunalen Politik, die das Ziel hat, »everybodys Darling« zu sein, erschwert die Arbeit im Feld Bürgerbeteiligung. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung kann hier Impulse setzen und Handreichungen erarbeiten.
Monika Nickles, Koordinationsstelle bürgerschaftliches Engagement, Stadt Erlangen

3.2 Bürgerbeteiligung braucht eine breite Akzeptanz der Politik. Hierzu sind wissenschaftlich fundierte Untersuchungen notwendig, welche darlegen, warum Beteiligung unser demokratisches System verbessert.

Politische Teilhabe braucht keine Alibi-Beteiligung. Politische Teilhabe braucht eine breite Akzeptanz durch die politische Klasse des repräsentativen Systems. Es bedarf mehr wissenschaftlicher, fundierter Analysen, warum eine (noch) stärkere Begrenzung institutioneller Macht, als Konsequenz aus mehr wirksamer Beteiligung, besser ist für unsere Gesellschaft als das gegenwärtige Modell der westlichen, parlamentarischen Demokratie.

Jörg Mitzlaff, openPetition gGmbH, Berlin

3.3 Beteiligungs- und Demokratieversprechen, die von Politiker/innen der Exekutive medial inszeniert werden, sind häufig bloßes Politikmarketing, um unpopuläre Reformmaßnahmen politisch zu vermarkten.

Medial inszenierte Bürgerbeteiligungs- und Demokratieversprechen werden meist instrumentell »von oben« forciert, um unpopuläre Reformmaßnahmen politisch zu vermarkten. Aktuellstes Beispiel ist der Slogan des französischen Staatspräsidenten: »Europäische Demokratie retten«. Das unpopuläre Primärziel einer europäischen Transferunion wird mit einem diffusen Demokratieversprechen »versüßt«.

Dr. Mathias König & Dr. Wolfgang König, Universität Koblenz-Landau

3.4 Die politischen Vertreter/innen auf Bundesebene sollten mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiver ins Gespräch kommen.

Welche Möglichkeiten stehen den Vertreter/innen der Politik auf Bundesebene zur Verfügung, sich im Rahmen der Amtsausübung eine realistische Vorstellung davon zu verschaffen, wo den Bürger/innen »der Schuh drückt«, was sie sich von der Politik erwarten und wie sie auf Handlungs- und Entscheidungsalternativen reagieren, die von ihr ins Auge gefasst werden? Aktuell sind es nur wenige. Wichtig wäre es, Kontakte herzustellen, die es erlauben, die Ängste, Nöte und Bedürfnisse der Bürger/innen abzufragen, die diesen aber auch einen realistischen Blick darauf ermöglichen, in wieweit ihre Anliegen aufgenommen werden können.

Der Rückblick auf die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes 2017 vermittelt eine Vorstellung davon, wie dieses auf den ersten Blick schwierig erscheinende Ziel erreicht werden könnte. Es gab hier von den öffentlich-rechtlichen Sendern veranstaltete »Wahlarenen« mit den beiden Spitzenkandidaten und mit Bürger/innen, die man sich sehr gut nicht nur als ein flüchtiges Einmal-Ereignis, sondern vielmehr als eine regelmäßig wiederkehrende Einrichtung vorstellen könnte. Nicht nur der Regierung, sondern auch den Parteien sollten solche Veranstaltungen ermöglicht werden, weil dadurch eine Vitalisierung der Demokratie befördert würde.

Entscheidend wäre der offene Zugang der Bürger/innen zu den Veranstaltungen, der ggf. – die vorherige Anmeldung der Interessenten vorausgesetzt – mit einer Zufallsauswahl kombiniert werden könnte. Auf diese Weise könnte sich – als wünschenswerter Zusatzeffekt – eine repräsentative Zusammensetzung ergeben.

Den Teilnehmer/innen der Veranstaltung sollte Gelegenheit gegeben werden, Fragen zu stellen. Die anwesenden politischen Repräsentanten sollten ihrerseits Fragen stellen und die Erörterung von Themen anregen. Das Programm könnte durch die Zwischenschaltung elektronischer Schnell-Abstimmungen zur – ggf. wiederholten – Feststellung von

Zustimmungs- und Ablehnungsquoten der Teilnehmer/innen angereichert werden. Eine »Anwältin« der Fernsehzuschauer/innen könnte während der Sendungen deren Kommentare, Fragen und Positionen in die Diskussion einbringen. Diese Inputs könnten gespeichert und – inhaltsanalytisch, wie auch statistisch – ausgewertet werden. Darüber hinaus könnte einer repräsentativen Auswahl von Fernsehzuschauer/innen ermöglicht werden, im Anschluss an die Sendungen Online-Voten abzugeben.

Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung

3.5 Die etablierten Verfahren und Instrumente der Bürgerbeteiligung werden dem gestiegenen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger nach Mitwirkung und Partizipation nicht mehr gerecht. Wir müssen Dialog- und Kooperationsstrukturen aufbauen, die die Bürgerinnen und Bürger als selbstständige Akteure und Gestalter/-innen der Stadtentwicklung ernst nehmen.

Die etablierten Verfahren und Instrumente der Bürgerbeteiligung sind unzureichend. Sie werden dem gestiegenen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger nach Mitwirkung und Partizipation nicht mehr gerecht. Sie folgen einem undemokratischen und hierarchischen Verständnis von Planungsprozessen: die Bürgerinnen und Bürger werden beteiligt, eingebunden, mitgenommen; damit werden sie zu Objekten der Planung statt als Subjekte, selbstständige Akteure und Gestalter der Stadtentwicklung auf der kommunalpolitischen Bühne wahrgenommen zu werden.

Es fehlen Dialog- und Kooperationsstrukturen, die die Bürger/innen als Stadtentwickler ernst nehmen. Und es fehlt der Raum für selbstorganisiertes Handeln der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen anfangen, die Rolle der Bürgerinnen und Bürger bei der Stadtentwicklung und -gestaltung ganz neu zu denken. Das impliziert auch eine andere Semantik. Der Begriff »Bürgerbeteiligung« hat dann ausgedient.

Gisela von Mutius, Bonn

3.6 Es braucht den »persönlichen Faktor« – Bürgerbeteiligung sollte dort ansetzen, wo die Menschen Freude haben. Dort steckt die Energie.

Bürgerbeteiligung ist gut. Das hat man bei der lokalen Agenda 21 gesehen, die fast »von unten« kam. Aber eben nur fast. Bei allem Erfolg stagnierte sie gleichwohl.

Es fehlt(e) oftmals der »persönliche Faktor«. Bürger/innen möchten selbst aktiv werden. Sie werden dort aktiv, wo sie die Expert/innen sind. In ihren Lieblingsbeschäftigungen, in dem was sie gern tun. Dort steckt die Energie und das »Schenken« fürs Ganze schon drin.

Thomas Luther-Mosebach, Butzbach

3.7 Die heutige Struktur & Kultur von Verwaltung ist ungeeignet, um die komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Das Erlernen von »Guter Beteiligung« im Lokalen schafft in den (Kommunal-)Verwaltungen Kompetenzen und Strukturen, um diese Zukunftsherausforderungen konstruktiv zu bewältigen.

Die heutige Struktur & Kultur von Verwaltung ist ungeeignet, um die komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Klimawandel, Flucht und Migration, »Peak-Everything« oder Digitalisierung zu bewältigen. Auch Bürgerbeteiligung ist eine komplexe Herausforderung – aber oft im Mini-Format (überspitzt: Flüchtlingsheim statt Flüchtlingswelle). Das Erlernen von »Guter Beteiligung« im Kleinen schafft daher in den (Kommunal-)Verwaltungen Kompetenzen und Strukturen, die zur konstruktiven Bewältigung der komplexen Herausforderungen im Großen essentiell sind. Beteiligung ist so gesehen keine Kür für Schönwetterzeiten, sondern ein Trainingscamp für den Ernstfall.

Nils Jonas, WerkStadt für Beteiligung, Landeshauptstadt Potsdam

3.8 Die Vertreter/innen von Politik und Verwaltung müssen in Sachen Beteiligungswissen qualifiziert werden.

Sinnvolle Bürgerbeteiligung braucht Reflexion und Methodenklarheit auf der Auftraggeberseite. Deshalb kommt der Qualifizierung von Politik und Verwaltung in Sachen Beteiligungswissen eine enorm hohe Bedeutung zu. Passende, qualifizierte Angebote müssen geschaffen und implementiert werden.

Kristina Oldenburg, Kokonsult, Frankfurt

3.9 Das Netzwerk der kommunalen Partizipationsbeauftragten im Netzwerk Bürgerbeteiligung sollte weiter gestärkt und deutlich sichtbarer werden.

In immer mehr Kommunen wird Bürgerbeteiligung verbindlich verankert und es werden kommunale Partizipationsbeauftragte in der Verwaltung etabliert. Die Bürgerbeteiligung hat hierdurch einen deutlichen Qualitätssprung erlangt. Die Professionalisierung des Arbeitsfeldes schreitet voran. Auch das Netzwerk der kommunalen Partizipationsbeauftragten im Netzwerk Bürgerbeteiligung wächst stetig. Es unterstützt die Arbeit der Partizipationsbeauftragten und fördert deren Austausch.

In den Kommunen zeigt sich, dass der zunehmende Einsatz von qualifizierten kommunalen Partizipationsbeauftragten zu einem Aufbau professioneller und institutionalisierter Strukturen von Bürgerbeteiligung in der Verwaltung führt – von der auch die Politik profitiert. Den Partizipationsbeauftragten gelingt es, das Thema Bürgerbeteiligung besser in die Zivilgesellschaft zu tragen und diese durch Information und Kommunikation zur Teilhabe zu befähigen.

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung muss sich weiterhin dafür stark machen, dass Bürgerbeteiligung in jeder Kommune einen immer höheren Stellenwert erhält und dass der Einsatz kommunaler Partizipationsbeauftragter zum Normalfall wird. Das Netzwerk der kommunalen Partizipationsbeauftragten sollte hierfür weiter gestärkt und deutlicher sichtbar werden.

Dirk Lahmann, Projektleiter Bürgerbeteiligung, Bundesstadt Bonn & Marion Stock, Netzwerkmanagement Netzwerk Bürgerbeteiligung

3.10 (ergänzt²) Die schwindende demokratische Rückbindung des parlamentarischen Repräsentativsystems führt bei Wahlen zu einem Repräsentationsdefizit (fehlende Wahl- und Bürgerrechte, Wahlabstinenz). Die Wahlergebnisse geben immer weniger die Wünsche und Interessen der gesamten Bevölkerung wieder. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung sollte aus diesem Grunde vermehrt Diskurse unter lokalen Politikvertreter/innenn in Gang setzen, um das Bewusstsein für die nicht repräsentierten Interessen einer durch Vielfalt geprägten Stadtgesellschaft zu stärken.

Die Diskurse sollten darauf abzielen, den gewählten lokalen politischen Repräsentanten zu vermitteln, dass sie heutzutage eine deutlich höhere Verantwortung tragen, die heterogenen und partikularen Interessen einer immer mehr durch Vielfalt geprägten Stadt(teil)gesellschaft abzuwägen und auszubalancieren. Insbesondere möglichst inklusiv angelegte Beteiligungsverfahren können ihnen die Bewältigung dieser Aufgabe erleichtern und zusätzlich Legitimation verschaffen.

Tülin Kabis-Staubach, Planerladen e.V., Dortmund, Mitglied des Netzwerkbeirats

² Die drei Thesen von Tülin Kabis-Staubach (3.10, 7.6 und 7.7) sind nach Beginn der Abstimmung eingetroffen und tauchen aus diesem Grunde in den Ergebnissen der Abstimmung nicht auf.

4. Sichtbarkeit des Netzwerks Bürgerbeteiligung im politischen Raum & Gewinnen neuer Mitglieder

4.1 Das Netzwerk Bürgerbeteiligung muss im politischen Raum sichtbarer werden, die gemeinsam erarbeiteten Positionen müssen wirkungsvoller in die Politik getragen werden.

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung führt Akteure aus Politik, Verwaltung, Bürgergesellschaft, Prozessbegleitung und Wissenschaft zusammen. Diese akteursübergreifende Kooperation zum Thema »Demokratie und Bürgerbeteiligung« ist einzigartig in Deutschland. Es wird in Zukunft darauf ankommen, dass das Netzwerk seine Sichtbarkeit und Wahrnehmung im politischen Raum stärkt und die gemeinsam erarbeiteten Positionen wirkungsvoller in die Politik trägt.

Henning Banthien, IFOK, Berlin, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung

4.2 Die Mitglieder der Netzwerk Bürgerbeteiligung sind nicht gleichmäßig auf Deutschland verteilt. Es gibt einige »leere Stellen« auf der Netzwerk-Landkarte. Woran liegt das? Und was kann das Netzwerk tun, um dies zu ändern?

Der Anteil der Mitglieder aus ostdeutschen Bundesländern - Berlin einmal ausgenommen - im Netzwerk Bürgerbeteiligung ist auffällig gering. Es gibt auf der Landkarte des Netzwerks aber auch noch andere Landstriche, in denen wenige Netzwerker/innen anzutreffen sind. Das liegt sicherlich nicht daran, dass in diesen Gebieten keine Bürgerbeteiligung gibt. Mit Blick auf Ostdeutschland kann man sagen, dass in großen Städten, in Klein- und Mittelstädten als auch in ländlich strukturierten Gebieten Beteiligungsprozesse stattfinden. Wo liegen also die Ursachen dafür, dass diese Akteure aus einigen Landstrichen nicht den Weg ins Netzwerk Bürgerbeteiligung finden?

Das Netzwerk sollte aktiv nach den Gründen suchen und gleichzeitig geeignete Strategien entwickeln, um die Akteure auf den »weißen Flecken« auf der Landkarte besser zu erreichen.

Ulrike Jurrack, StadtStrategen, Weimar

5. Bürgerbeteiligung in Europa

Die Europäische Kommission plant bis zu den Europawahlen im Mai 2019 etwa 500 Bürgerdialoge in ganz Europa. Welche Standards / Kriterien für die Bürgerdialogprozesse in Deutschland sind wichtig?

Mit Emmanuel Macron hat ein neues Schwergewicht die politische Bühne betreten und Deutschland nach schwieriger Koalitionsbildung als zentrale Gestaltungskraft europäischer Politik abgelöst. Am Sonntag, den 13. Mai, beginnt eine Reihe von Bürgerdialogen zur Zukunft Europas, die auf Initiative des französischen Präsidenten in den kommenden Monaten überall in Europa stattfinden wird. In Frankreich wurden bereits einige Bürgerdialoge / »Town hall meetings« durchgeführt. Die Europäische Kommission plant bis zu den Europawahlen im Mai 2019 etwa 500 derartige Bürgerdialoge. Welche grundlegenden Standards / Kriterien für die Bürgerdialogprozesse in Deutschland sollten formuliert werden, um einer derart komplexen Fragestellung gerecht zu werden und einer Instrumentalisierung und populistischen Vereinnahmung vorzubeugen? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um ein möglichst breites Spektrum der Gesellschaft an diesen Dialogen zu beteiligen? Wer und wie sollten diese Dialoge durchgeführt werden und wie kann eine transparente politische Umsetzung sichergestellt werden?

Frank W. Heuberger, Beauftragter für europäische Angelegenheiten im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Mitglied im Netzwerkbeirat

6. Bürgerbeteiligung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit

6.1 Der Kampf gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit sollte sich damit verbinden, dass mit geeigneten Methoden auch die Bevölkerungsgruppen einbezogen werden, die ggf. mit Ressentiments gegen Minderheiten Beteiligungsprozesse belasten.

Partizipation auch dort, wo es wehtut: Einerseits muss »klare Kante« gegen Hass und Hetze von Rechts – auch und gerade im Rahmen von Beteiligungsprozessen – gezeigt werden. Auf der anderen Seite sollte man sich immer auch mit geeigneten Methoden um solche Bevölkerungsgruppen bemühen, die ggf. Ressentiments gegen Minderheiten artikulieren bzw. so artikulationsschwach sind, dass Vorurteile und Ressentiments ungefiltert den Beteiligungsprozess belasten.

Martin Rüttgers, Institut für Politikberatung & Forschung, Bad Honnef, Mitglied des Netzwerkbeirats

6.2 Zur Stärkung der Demokratie vor Ort sollten wir mehr Kooperation wagen.

Die wachsende Szene der Bürgerbeteiligungs-Profis (z.B. in Kommunen, Agenturen und Stiftungen) sollte stärker mit der Akteursszene kooperieren, die sich vor Ort gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzt.

Martin Rüttgers, Institut für Politikberatung & Forschung, Bad Honnef, Mitglied des Netzwerkbeirats

7. Demokratie für alle

7.1 Die steigende soziale Ungleichheit zerstört Teilhabechancen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie befördert Wahleuthaltung, Politikverdrossenheit und inhumane, antidemokratische Positionen.

Partizipationsverfahren, die nur dazu dienen Akzeptanz zu verschaffen, grenzen kritische Positionen aus. Dies fördert – zusammen mit anderen Faktoren – die »Krise der politischen Repräsentation«. Die hohe soziale Selektivität von Partizipationsformen führt unter Umständen sogar dazu, dass sich das Problem noch weiter verschärft. Wie kann das Netzwerk Bürgerbeteiligung dieser Entwicklung entgegenwirken und sich für eine Beteiligung sozial benachteiligter Gruppen einsetzen?

Wiebke Claussen, Projektberatung, Dortmund

7.2 Das Netzwerk Bürgerbeteiligung sollte Ansatzmöglichkeiten zur Einbeziehung der schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen entwickeln und das Thema verstärkt ins Bewusstsein der (Prozess-)Verantwortlichen rücken.

Um dem demokratischen Anspruch der politischen Gleichheit gerecht zu werden, ist es notwendig, dass wir mit unseren Beteiligungsangeboten ein breites Spektrum an Menschen erreichen. Insbesondere müssen wir diejenigen einbeziehen, die wir in der Regel nicht für Beteiligung gewinnen können.

Marion Stock, Netzwerkmanagement Netzwerk Bürgerbeteiligung

7.3 Die Möglichkeiten und Grenzen von Teilhabe und Zusammenarbeit müssen immer wieder ausgehandelt werden. Sie müssen immer wieder offen diskutiert werden.

Ein nicht unerheblicher Teil von Menschen in unserer Gesellschaft hat keine Stimme, die gehört wird, fühlt sich ausgegrenzt oder nicht handlungsfähig. Gerade diese Menschen brauchen die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Teilhabe und offene Diskurse müssen ermöglicht werden. Es gilt miteinander zu reden, nicht übereinander. Ziel muss es sein, auf Augenhöhe zu sprechen. Dort wo keine Augenhöhe möglich oder vorhanden ist, müssen wir darüber ins Gespräch kommen. Dies bedeutet auch Machtverhältnisse – also Privilegien und Benachteiligung – offen zu legen.

Yinka Kehinde, Stiftung Mitarbeit, Bonn – entstanden aus den Erfahrungen im Rahmen des Projekts »Demokratie geht nur miteinander«

7.4 Insbesondere für junge Menschen gilt es vielfältige Lernorte des demokratischen Handelns und bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen.

Junge Menschen sollten frühzeitig lernen, wie sie selbst mitgestalten und sich engagieren können. Neben den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Orten sollten auch Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen als Lernorte für demokratisches Handeln und bürgerschaftliches Engagement weiterentwickelt werden.

Ansgar Klein, BBE, Berlin, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerk Bürgerbeteiligung

7.5 Unabhängig vom Wahlalter ist es zwingend notwendig, dass Jugendliche in Prozessen der Bürgerbeteiligung einbezogen werden.

Es geht um die Wahrung der Generationengerechtigkeit und die Fortentwicklung offener Verwaltungsstrukturen (Open Government), deren zukünftige Nutzer/innen die heutige junge Generation sein wird. Nur so lassen sich Transparenz, Engagement und Beteiligungskultur weiterentwickeln.

Jürgen Ertelt, IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., Bonn

7.6 (ergänzt³) Die gerade in jungen Jahren erlebten Angebote zur Beteiligung und Mitwirkung entscheiden darüber, ob die für die demokratische Teilhabe erforderlichen Kompetenzen verkümmern oder zur Entfaltung gelangen.

Deshalb sind möglichst frühe Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, sprich »Schulen der Demokratie«, so wichtig.

Tülin Kabis-Staubach, Planerladen e.V., Dortmund, Mitglied des Netzwerkbeirats

7.7 (ergänzt) Angesichts zunehmender Pluralisierung und ungleicher Ressourcenausstattung in unserer Gesellschaft muss vermehrt danach gefragt werden, wie es um die Inklusivität von Teilnahmeangeboten (z.B. im Hinblick auf sozialen Status, Herkunft) tatsächlich bestellt ist.

Tülin Kabis-Staubach, Planerladen e.V., Dortmund, Mitglied des Netzwerkbeirats

8. Etablierung von demokratischen Lernorten und Aufbau einer Beteiligungsinfrastruktur

8.1 Um gesellschaftliches Engagement und Partizipation zu fördern, sollte langfristig und systematisch mit Bildungseinrichtungen kooperiert werden.

Eine frühzeitige Bildung hinsichtlich Beteiligungsrechten und -möglichkeiten ist die Grundlage, um die junge Generation nachhaltig zu aktivieren. Um gesellschaftliches Engagement und Partizipation – nicht nur bei eigenen Betroffenheiten – zu fördern, sollte langfristig und systematisch mit Bildungseinrichtungen kooperiert und die Befähigung zur Partizipation fester Bestandteil politischer Bildung werden.

Andreas Denninghoff, Prognos, Düsseldorf

8.2 Bibliotheken könnten in den Kommunen zu Orten werden, an denen sich Bürgerbeteiligung, Demokratie und Mitarbeit kristallisieren.

Hier könnten sich Einwohner/innen treffen, austauschen und informieren: Hier könnte das Einmischen und Mitgestalten der Stadtgesellschaft einen Ort haben.

Ulrich Koch, Stadtbücherei Metzingen

³ Die drei Thesen von Tülin Kabis-Staubach (3.10, 7.6 und 7.7) sind nach Beginn der Abstimmung eingetroffen und tauchen aus diesem Grunde in den Ergebnissen der Abstimmung nicht auf.

9. Beteiligung online

9.1 Online-Beteiligung benötigt Face-to-Face

Online-Beteiligung muss immer auch eine unmittelbare Begegnung der Menschen ermöglichen. Zumindest in Form eines begrenzten persönlichen Kennenlernens als Fundament zu Beginn eines Beteiligungsprozesses und bei Bedarf auch wiederkehrend. Nur dann kann sich Glaubwürdigkeit / Empathie / Resonanz und Verbindung zwischen den aktiven Menschen entwickeln. Das ist keineswegs bei jungen Menschen weniger bedeutend als bei älteren, sondern ein generationenübergreifendes Grundbedürfnis. Nur wenn dies in den Kommunikationsformaten ermöglicht wird, können die wichtigen Effekte der Teilhabe – trotz sich ändernder Mobilitätsmöglichkeiten – greifen.

Thementeam »Partizipation 2.0/4.0 – Kombination von Online und Face-to-Face«, Achim Hertzke, Bund für Umwelt und Naturschutz NRW, Gütersloh

9.2 Wir sollten unsere Fantasie walten lassen, um die digitalen Medien für eine breite Beteiligung nutzbar zu machen.

Digitalisierung und erst recht Künstliche Intelligenz bringen nicht nur eine Verlagerung in andere Kommunikationskanäle, sondern auch neue Möglichkeiten zur Beteiligung von Bürger/innen an der Politik. Umfassende Beteiligung und Erfassung von Millionen von Meinungen wird mit der neuen Technik möglich.

Wir sollten unsere Fantasie walten lassen, um die Technik für eine breite Beteiligung und damit zum Wohl der Menschen – und gegen das Machtstreben einzelner – einzusetzen.

Michael Mörike, Integrata-Stiftung, Tübingen

9.3 Wir brauchen mehr digitale Demokratie.

Erst die Digitalisierung macht demokratische Teilhabe skalierbar. Sonntags ins Wahllokal, wird eine schöne nostalgische Erinnerung bleiben.

Jörg Mitzlaff, openPetition gGmbH, Berlin

9.4 Es wird zukünftig keine Bürgerbeteiligung ohne ePartizipation stattfinden können.

Die nächste Generation Bürger/innen kommuniziert selbstverständlich online und vernetzt mittels digitaler Medien. Ansprache und Beteiligung werden sich darauf ausrichten müssen. Allerdings wird Beteiligung weiterhin crossmediale Elemente (online + offline) beinhalten müssen.

Jürgen Ertelt, IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., Bonn

10. Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

10.1 In der Verknüpfung direktdemokratischer und partizipativer Verfahren liegt ein erhebliches Potenzial zur Weiterentwicklung unserer Demokratie. Die damit verbundenen Möglichkeiten sollten auch durch das Netzwerk Bürgerbeteiligung stärker bekannt gemacht werden.

Viele erfolgreiche Verfahren in Deutschland und im Ausland haben es bereits gezeigt: Direktdemokratische Abstimmungen können in Bürgergremien vorbereitet oder nachträglich ausgestaltet werden und so zu substanzvolleren und befriedigenderen politischen Entscheidungen führen. Ebenso kann Beteiligungsverfahren durch die Verknüpfung mit direkter Demokratie größere Verbindlichkeit verliehen werden.

Die Möglichkeiten und praktischen Erfolge einer solchen ‚Verbunddemokratie‘ sollten deshalb einem größeren Publikum bekannt gemacht werden, wozu auch das Netzwerk Bürgerbeteiligung aktiv beitragen sollte.

Thementeam »Kopplung von partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie«, Andreas Schiel, denkzentrum|demokratie, Münster

10.2 Direktdemokratische Verfahren müssen zwingend an partizipatorische Verfahren gekoppelt werden.

Abstimmungen alleine garantieren noch keine bessere Politik. Bürger müssen informierte Entscheidungen treffen können und es muss eine breite Debatte darüber geben, ob und über welche Alternativen abgestimmt werden soll. Bürgerjurys können dabei helfen, sowohl den Prozess sicher zu stellen als auch eine inhaltliche Bewertung und Entscheidungsvorlage zu erarbeiten.

Jörg Mitzlaff, openPetition gGmbH, Berlin

11. Bürgerbeteiligung in ländlichen Räumen

11.1 In ländlichen Räumen kommt es darauf an, die Dörfer und Kleinstädte zur Selbsterneuerung zu befähigen. Bürgerbeteiligung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Die Frage, welche Zukunft Gemeinden in peripheren ländlichen Räumen haben und wie Bewohner/innen diese mitgestalten können, rückt zunehmend in den Fokus politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Es gilt eine lebenswerte Zukunft in den Landgemeinden zu sichern. Um das Leben auf dem Land für die Menschen attraktiv zu machen, müssen gemeinsam Visionen, Wege, Aktivitäten und Projekte zur Gestaltung einer erfolgversprechenden, nachhaltigkeitsorientierten Zukunft erarbeitet werden.

Bürgerbeteiligung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation kommt es wesentlich auf die Fähigkeit der Dörfer und Kleinstädte an, sich selbst zu erneuern. Die Partizipation und Lernfähigkeit aller Beteiligten ist der entscheidende Faktor für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums.

Thementeam »Bürgerbeteiligung zur Stärkung ländlicher Räume«, Thomas Ködelpeter, Ökologische Akademie Linden

11.2 Commons im »Neuen Dorf« – Gemeinschaftlich Wirtschaften und Partizipation leben

Angesichts der zunehmenden Komplexität unserer Lebenswelt müssen wir Möglichkeiten zu Selbstgestaltung unseres Lebens aufbauen und Partizipation gemeinschaftlich leben. Diese Möglichkeit bietet uns die Idee der »Commons im Neuen Dorf«. Commons sind Gemeingüter, die - auf der Grundlage partizipativ entwickelter Regeln - gemeinsam gepflegt und genutzt werden. Das »Neue Dorf« hat ein Versorgungszentrum mit einem Regionalladen, ein Gemeingutlager für langlebige gemeinschaftliche Güter und eine offene Werkstatt, die sich als praktische Schule für Jung und Alt begreift.

Der Umgang mit den Gemeingütern erfordert Absprachen und Regelungen, sorgt dafür aber für weitgehend freiwillige Vereinbarungen der Einwohner/innen untereinander und für Lösungen, die an die individuellen Bedürfnisse angepasst sind. Jeder Einwohner und jede Einwohnerin bringt Dinge und Leistungen ein und gebraucht die der anderen, wenn er/sie diese zum eigenen Lebenserhalt, zur Sinnerfüllung oder zur Ausübung seiner gesellschaftlichen Funktionen und Aufgaben benötigt. Partizipation wird im Neuen Dorf selbst gestaltet und gelebt.⁴

Christian Schorsch, Permakultur Institut e.V., Bad Klosterlausnitz

11.3 Im »Neuen Dorf« werden mehr und mehr kommunale Aufgaben in Commons-Public-Partnerships (CPP) überführt und erledigt.

In diesem Modell werden – im Gegensatz zu den Private-Public-Partnerships (PPP) – die Gemeindeverantwortungen nicht privatisiert, sondern nach dem Vorbild der Freiwilligen Feuerwehren in Bürgerhand gegeben. Dabei unterstützt die Kommune die aktiven, selbstorganisierten Bürger/innen zum Beispiel mit Sachmitteln und Finanzen.

Christian Schorsch, Permakultur Institut e.V., Bad Klosterlausnitz

⁴ Homepage zu den »Neuen Dörfern« von Prof. Otterpohl: <http://gartenring.org>

11.4 Wir brauchen »Partnerschaften für Demokratie und Gemeinwohl« – insbesondere in den ländlich geprägten Regionen.

Die demokratische Teilhabe und die Partizipation haben Schlüsselfunktion für das erfolgreiche Miteinander in den Dörfern und Städten. In interkommunalen Gemeinden – also Städten mit eingemeindeten Dörfern – sollten wohnortnahe »Heimathäuser« entstehen, die ein bürgernahes Verwalten ermöglichen.

»Kommunale Manager« können ein Bindeglied zwischen den aktiven Bürger/innen der Zivilgesellschaft, den gewählten Abgeordneten und den Verwaltungsangestellten der interkommunalen Gemeinde bilden. Mit Ideen, Wissen und Können bündeln sie innovative Lösungen für das Gemeinwohl der Menschen und das Image aller Stadtteile und Dörfer. Sie schaffen Räume für demokratische Teilhabe und ein neues Miteinander.

Joachim Christianus, Bund demokratischer Teilhaber e. V. i. G., Friesack

12. Praxis der Bürgerbeteiligung

12.1 Erst eine gute Information und Kommunikation befähigt die Bürger/innen zur Partizipation.

Für eine gelungene und gewinnbringende Bürgerbeteiligung ist eine gute Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit eine Grundvoraussetzung. Denn egal wie man kommuniziert, man kann nicht nicht kommunizieren. Mit einer durchdachten Kommunikation befähigen die Initiatoren der Beteiligung die zu Beteiligten erst zur Partizipation.

Steffen Kawohl, EnergieAgentur.NRW, Düsseldorf

12.2 Wie kann es gelingen, in der Bürgerschaft das Verständnis für die Abwägung von Gemeinwohl- und Partikularinteressen zu stärken?

Von Planungsbeteiligung zu sprechen entspannt die Erwartungshaltung der Bürger/innen, weist auf das Thema und weg vom emotional aufgeladenen Partikularinteresse – oder ist gerade die Emotion wichtig?

Ich denke hier über Plakataktionen nach, an ein gutes »Wording« vor Beginn von Beteiligungsprozessen. Ich wäre einfach interessiert daran, mal zu hören, wie andere das machen, ob es reicht ein Leitbild formuliert zu haben.

Monika Nickles, Koordinationsstelle bürgerschaftliches Engagement, Stadt Erlangen

12.3 Quadrolog statt Trialog – Akteure aus der Wirtschaft sollten in Beteiligungsprozessen mit am Tisch sitzen

Bürgerbeteiligung fokussiert zumeist auf einem »Trialog« zwischen Öffentlichkeit (Bürger/innen, Initiativen, Verbände etc.), Verwaltung und Politik unter Einbeziehung von Expert/innen (Wissenschaft etc.). Spätestens bei der Bürgerbeteiligung in der auf konkrete Projekte bezogenen praktischen Anwendung müssen die jeweiligen Vertreter/innen der Wirtschaft im »Quadrolog« mit dabei sein, z.B. in einem gemischt besetzten und möglichst alle Interessen (Stakeholder) repräsentierenden prozessualen Projektbeirat. Denn sie sind als (Finanz-)Investoren längst in fast jedem Bereich unserer Gesellschaft zu einem indirekt (Lobbyismus) oder direkt (Investor, Projektträger etc.) prägenden wichtigen Entscheidungs- und Gestaltungsfaktor geworden. Im »Quadrolog« ist auch die unabdingbare Transparenz am ehesten realisierbar.

Werner Keil, Mitkoordinator von KÖLN MITGESTALTEN

12.4 Es braucht mehr kreativ künstlerische Ansätze in der Beteiligung: Wenn Bürgerinnen und Bürger erst dann aktiv werden, wenn der Bagger kommt, dann muss der Bagger früher kommen.

Was spricht gegen einen kreativ künstlerischen Ansatz z.B. bei Infrastrukturprojekten einen Bagger so umzubauen, dass er zwar noch an der betreffenden Stelle Krach macht (z.B. jede Stunde für 5 Minuten) im Inneren jedoch das »Infocenter« zur geplanten Veränderung zu finden ist. Von hier aus könnten sich dann die Bürger/innen an die Strukturen wenden, in denen sie sich beteiligen können. Das würde den Frust evtl. auf beiden Seiten reduzieren.

Anja Stiel, Moderation Köln & Team Tango, Köln

12.5 Bürgerbeteiligung ist erst dann lebendig, wenn Gefühle in der Auseinandersetzung ihren Platz bekommen. Dazu sind innovative Gruppenprozesse notwendig.

Konflikte kochen dann besonders schnell hoch, wenn neben Gefühlen auch noch Emotionen im Spiel sind. Gefühle sind Regungen, die sich auf die aktuelle und gerade erlebte Situation beziehen. Emotionen sind mit Erfahrungen aus der Vergangenheit verbunden und katapultieren uns direkt in die vergangene Situation zurück.

Wenn echte Gefühle im Spiel sind, haben wir mit ihnen einen wundervollen Kompass auf dem Weg zu trügfähigen Lösungen. Beteiligungsprozesse sollten nicht nur auf der rationalen und der Ebene des Verstandes geführt werden, sondern die Dimension der Gefühle mit einbeziehen. Dazu sind innovative Gruppenprozesse notwendig und der Aspekt sollte Einzug in die Verlaufspläne von Beteiligungsmeetings bekommen.

Anja Stiel, Moderation Köln & Team Tango, Köln

12.6 Beteiligung braucht einen geeigneten Raum für Emotionen (Beziehungsklärung und Aufbau, Vertrauen und Bearbeitung von Widerständen, hinter denen zentrale Anliegen stehen).

Gudrun Knittel, Trainerin für konstruktive Konfliktbearbeitung, Köln

13. Selbstwirksamkeit und Zivilgesellschaft

13.1 Es gilt die Organisationen der Zivilgesellschaft wie Vereine, Verbände, Stiftungen und Genossenschaften weiter zu stärken.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft, wie Vereine, Verbände, Stiftungen und Genossenschaften, gilt es weiter zu stärken. Insbesondere Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen sowie andere Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements müssen wohnortnah und verlässlich vorhanden sein. Bei der Stärkung und Nachbesetzung von Führungs- und Vorstandsrollen, v.a. in Vereinen besteht Handlungsbedarf.

Ansgar Klein, BBE, Berlin, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung

13.2 Gutes Engagement und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit sind der beste Beitrag zur Prävention gegen alle Formen unzivilen Handelns.

Um populistischen Akteuren entschieden entgegentreten zu können, müssen die Zivilcourage der engagierten Bürgerinnen und Bürger wie auch ihre Gestaltungsspielräume in der demokratischen Gesellschaft gestärkt werden. Gutes Engagement und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit sind der beste Beitrag zur Prävention gegen alle Formen unzivilen Handelns (Gewalt, Menschenfeindlichkeit, Intoleranz).

Ansgar Klein, BBE, Berlin, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung

14. Integration braucht Beteiligung

14.1 Das Freiwilligenengagement in der Geflüchtetenarbeit wird mehr und mehr vereinnahmt. Was kann das Netzwerk Bürgerbeteiligung tun, um dies zu verhindern?

Im Zug der Zuwanderung Geflüchteter ist seit 2015 eine Vielzahl an ehrenamtlichen Initiativen entstanden und hat vor Ort schnell und wirksam Hilfs- und Netzwerkstrukturen entstehen lassen. Diese Entwicklung ist Beleg eines beeindruckenden zivilgesellschaftlichen solidarischen Aufbruches. Diese Entwicklung wird zugleich als Experimentierfeld genutzt, um die ehrenamtlichen, zivilgesellschaftlichen Strukturen in das Netz staatlicher sozialer Arbeit und Integrationsarbeit budgetentlastend »einzupflegen«. Letztlich leistet diese einer »Vertafelung« der sozialen Arbeit Vorschub. Wie kann das Netzwerk Bürgerbeteiligung dieser Vereinnahmung freiwilligen Engagements entgegenwirken und emanzipativ tätige Initiativen unterstützen?

Wiebke Claussen Projektberatung, Dortmund

14.2 Eine Voraussetzung für Teilhabe und Partizipation geflüchteter Menschen sind Empowerment und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation. Was kann das Netzwerk Bürgerbeteiligung hierfür tun?

Geflüchtete Menschen möchten mitreden und mitgestalten. Um Empowerment zu erfahren, brauchen sie Räume, in denen sie zusammenfinden, Gehör finden und sich ihrer Stärken und Rechte bewusst werden.

Wie kann das Netzwerk Bürgerbeteiligung einen Beitrag dazu leisten, dass zu uns nach Deutschland geflüchtete Menschen ihre Stimme einbringen und auch gehört werden können – in der Arbeit der Netzwerker/innen und im Netzwerk selbst? Wenn wir das ernst nehmen, müssen wir auch sie zu Akteur/innen des Netzwerks machen.

Eva-Maria Antz und Yinka Kehinde, Stiftung Mitarbeit, Bonn - entstanden aus den Erfahrungen im Rahmen des Projekts »Demokratie geht nur miteinander

15. Wirkung & Nutzen von Bürgerbeteiligung

15.1 Die Wirkungen von Beteiligungsprozessen sollten stärker reflektiert werden.

Wir wissen wenig über die Wirkung von Beteiligung. Nicht alle Beteiligungsprozesse schätzen wir rückblickend als sinnvoll und gelungen ein. Dies kann zu Frustration führen. Wirkungen von Beteiligungsprozessen sollten daher in unseren Fokus rücken: Wir sollten stärker reflektieren, wann und wo Beteiligung sinnvoll ist – unabhängig von Methode und erfolgreicher Weiterführung der Beteiligungsergebnisse. Wirkungsabschätzungen im Voraus sind dafür ebenso notwendig wie empirische Wirkungsüberprüfungen im Nachgang.

Thementeam »Wirkungsforschung neu denken!«, Moritz Maikämper, BTU Cottbus-Senftenberg FG Stadtmanagement

15.2 Es ist kritisch zu fragen, welchen Nutzen Bürgerbeteiligung wirklich bietet und was sie zukünftig leisten kann.

Der Bemühung um einen höheren Stellenwert von Partizipation in Politik und Gesellschaft liegt die Überzeugung zugrunde, Beteiligung biete einen individuellen und/oder gesellschaftlichen Mehrwert. Diese Annahme gilt es kritisch zu überprüfen: Welchen Nutzen bietet Bürgerbeteiligung wirklich und was kann sie zukünftig leisten?

Lukas Haberland, Prognos, Düsseldorf

Stand: 5. Juni 2018